

Chronologie der wesentlichen Aufklärungsschritte zu NSA/PRISM und  
GCHQ/TEMPORA (I.)

und

Zusammenfassung wesentlicher bisheriger Aufklärungsergebnisse (II.)

I. Aufklärungsschritte BReg und EU (ggf. unmittelbares Ergebnis)

7. - 10. Juni 2013

- Erkenntnisabfrage durch BMI (BKA, BPol, BfV, BSI), BKAm (BND) und BMF (ZKA) zu PRISM und Frage nach Kontakten zu NSA.

*Mitteilungen, dass keine Erkenntnisse; Kontakte zu NSA und Informationsaus-  
tausch im Rahmen der jeweiligen gesetzlichen Aufgaben.*

10. Juni 2013

- Kontaktaufnahme BMI (Arbeitsebene) mit US-Botschaft m. d. B. um Informati-  
onen.

*US-Botschaft empfiehlt Übermittlung der Fragen, die nach USA weitergeleitet  
würden.*

- Bitte um Aufklärung an US-Seite durch AA im Rahmen der in Washington  
stattfindenden Dt.-US-Cyber-Konsultationen.
- Schreiben von EU-Justiz-Kommissarin Reding an US-Justizminister Holder mit  
Fragen zu PRISM und zur Einrichtung einer Expertengruppe (zu Einzelheiten  
s.u. 8. Juli 2013 und Ziff. II.5.).

11. Juni 2013

- Übersendung eines Fragebogens des BMI (Arbeitsebene) zu PRISM an die  
US-Botschaft in Berlin.

- Übersendung eines Fragebogens BMI (Beauftragte der BReg für Informationstechnik, StS'in Rogall Grothe) an die dt. Niederlassungen von acht der neun betroffenen Provider mit der Bitte, über ihre Einbindung in das Programm zu berichten. PalTalk wird nicht angeschrieben, da es nicht über eine Niederlassung in Deutschland verfügt.

*Antworten Unternehmen decken sich in weiten Teilen mit den öffentlich abgegebenen Dementis einer generellen, uneingeschränkten Datenweitergabe an US-Stellen (s.u. Ziff. II.4.): „Eine in Rede stehende Datenausleitung in DEU findet nicht statt“.*

#### **12. Juni 2013**

- Bericht BReg zum Sachstand in Sachen PRISM im Parlamentarischen Kontrollgremium (PKGr).
- Bericht zum Sachstand im Innenausschuss des Bundestages.
- Schreiben von BM'in Leutheusser-Schnarrenberger an US-Justizminister Holder (U.S. Attorney General) mit der Bitte, die Rechtsgrundlage für PRISM und seine Anwendung zu erläutern.
- Vorschlag BM'in Leutheusser-Schnarrenberger gegenüber der LTU EU-Ratspräsidentschaft und EU-Justizkommissarin Reding, Themenkomplex auf dem informellen Rat Justiz und Inneres am 18./19. Juli 2013 in Vilnius anzusprechen. Hinweis auf große Verunsicherung in der dt. Öffentlichkeit.

#### **14. Juni 2013**

- Erörterung von „PRISM“ beim regelmäßigen Treffen der EU-Kommission mit US-Regierungsvertretern („EU-US-Ministerial“) in Dublin.
- EU-Justizkommissarin Reding und US-Justizminister Holder verständigen sich darauf, eine High-Level Group von EU- und US-Experten aus den Bereichen Datenschutz und öffentliche Sicherheit zu gründen.

- Gespräch BM'in Justiz und BM Wirtschaft und Technologie mit Unternehmensvertretern (Google, Microsoft) und Vertretern Verbände (u.a. BITKOM) zur tatsächlichen Praxis.

*Gespräch bleibt ohne konkrete Ergebnisse („mehr offene Fragen als Antworten“). Die Unternehmen geben auf die gestellten Fragen keine konkreten Antworten. Mit den Unternehmen wird vereinbart, die Gespräche fortzuführen. Schriftverkehr des BMJ mit den Unternehmen fand weder im Vorfeld noch im Nachgang des Gesprächs statt.*

#### 19. Juni 2013

- Gespräch BK'in Merkel mit Pr Obama über „PRISM“ anlässlich seines Besuchs in Berlin.

#### 24. Juni 2013

- BMI-Bericht zum Sachstand gegenüber UA Neue Medien.
- Telefonat StS'in Grundmann BMJ mit brit. Amtskollegin (Brennan) zu TEMPORA.
- Schriftliche Bitte um Aufklärung BM'in Leutheusser-Schnarrenberger zu TEMPORA an GBR-Minister Justiz (Grayling) und Inneres (May).

*Antwortschreiben mit Erläuterung brit. Rechtsgrundlagen liegt mittlerweile vor.*

- Übersendung eines Fragebogens BMI zu TEMPORA an GBR-Botschaft in Berlin.

*Antwort GBR, dass brit. Regierungen zu ND-Angelegenheiten nicht öffentlich Stellung nähmen. Der geeignete Kanal seien die ND selbst.*

#### 26. Juni 2013

- Bericht BReg zum Sachstand im PKGr.
- Bericht BReg (BMI) zum Sachstand im Innenausschuss.

*Ankündigung der Entsendung einer Expertendelegation zur Sachverhaltsaufklärung nach USA und UK.*

**27. Juni 2013**

- Anlegen eines Beobachtungsvorgangs (sog „ARP-Vorgang“) zum Sachverhalt durch GBA. ARP-Vorgang dient der Entscheidung über die Einleitung eines etwaigen Ermittlungsverfahrens. Bisher kein Ermittlungsverfahren eingeleitet (Stand 2. August). Neben Ermittlungen zur Sachverhaltsklärung anhand öffentlich zugänglicher Quellen hat GBA Fragenkataloge zum Thema an Behörden und Ressorts übersandt.

**28. Juni 2013**

- Telefonat BM Westerwelle mit brit. AM Hague. Betonung, dass bei allen staatl. Maßnahmen eine angemessene Balance zwischen Sicherheitsinteressen und Schutz der Privatsphäre gewahrt werden müsse.

**30. Juni 2013**

- Gespräch BKAm (AL 2) mit US-Europadirektorin Nat. Sicherheitsrat zur möglichen Ausspähung von EU-Vertretungen und gezielter Aufklärung DEU.

**1. Juli 2013**

- Telefonat BM Westerwelle mit Lady Ashton.
- Demarche (mündl. vorgetragener Einwand/Forderung/Bitte) Polit. Direktor im AA, Dr. Lucas; gegenüber US-Botschafter Murphy.
- Anfrage des BMI (informell über StäV in Brüssel) an die EU-KOM zum weiteren Vorgehen im Hinblick auf die EU-US-Expertengruppe.

- Videokonferenz unter Leitung der Cyber-Koordinatoren der Außenressorts DEU und GBR zu TEMPORA. AA, BMI und BMJ bitten um schnellstmögliche und umfassende Beantwortung des BMI Fragenkatalogs.

*Verweis GBR auf Unterhaus Rede von AM Hague vom 10. Juni und im Übrigen als Kommunikationskanäle auf Außen- und Innenministerien sowie ND.*

- Anfrage des BMI (über Geschäftsbereichsbehörde BSI) an den Betreiber des DE-CIX (Internetknoten Frankfurt / Main) hinsichtlich Kenntnis über Zusammenarbeit mit ausländischen, insbesondere US/UK-Nachrichtendiensten.

*Betreiber des DE-CIX und die Deutsche Telekom als Betreiber des Regierun-  
gernetzes IVBB melden zurück, dass keine Kenntnisse über eine Zusam-  
menarbeit mit ausländischen, insbesondere USA/GBR-Nachrichtendiensten  
vorlägen (Einzelheiten s.u. Ziff. II.4. DE-CIX).*

## 2. Juli 2013

- BfV-Bericht (Amtsleitung bzw. i.A.) an BMI zu dortigen Erkenntnissen im Zu-  
sammenhang mit dem Internetknoten in Frankfurt.

*Keine Kenntnisse*

- Gespräch BM Westerwelle mit US-Außenminister Kerry
- Gespräch BMI (Arbeitsebene) mit JIS-Vertretern („Joint Intelligence Staff“,  
Vertreter US-Nachrichtendienste , insb. im Ausland, hier DEU) zur weiteren  
Sachverhaltsaufklärung
- Telefonat StS Fritsche (BMI) mit Fr. Monaco (Weißes Haus, stv. Nationale Si-  
cherheitsberaterin für Heimatschutz und Terrorismusbekämpfung) m. d. B. um  
Unterstützung der Expertengruppe, die auf Arbeitsebene entsandt werden sol-  
le;

*Weißes Haus sichert zu, dass die Delegation willkommen sei und die gemein-  
same Arbeit zur Aufklärung der Faktenlage nach Kräften unterstützt werde.*

## 3. Juli 2013

- Bericht zum Sachstand im PKGr durch ChefBK.
- Telefonat BK'in Merkel mit Pr Obama.

#### 5. Juli 2013

- Sondersitzung nationaler Cyber-Sicherheitsrat zum Thema (Vorsitz Frau StS'in Rogall-Grothe)
- Antrittsbesuch des neuen sicherheitspolitischen Direktors im AA, Hr. Schulz, in Washington, Treffen mit Vertretern des Nationalen Sicherheitsrats sowie im US-Außenministerium

#### 8. Juli 2013

- Gespräch der EU-US-Expertengruppe unter Beteiligung der KOM, des Europäischen Auswärtigen Dienstes, der LTU Präsidentschaft unter Beteiligung einer Vielzahl von MS (darunter DEU) mit der US-Seite in Washington.  
*US-Seite fragt intensiv nach Mandat der Expertengruppe. Das Mandat der Expertengruppe wurde im Folgenden intensiv diskutiert und am 18. Juli 2013 im ASIV (Ausschuss Ständiger Vertreter) verabschiedet. Einrichtung als "Ad-hoc EU-US Working Group on Data Protection" (zu Einzelheiten s.u. Ziff. II.5.).*

#### 9. Juli 2013

- Demarche (mündlich vorgetragener Einwand/Forderung/Bitte) der US-Botschaft beim Polit. Direktor im AA, Dr. Lucas, zu US-Bedenken wegen Beteiligung der EU-KOM an EU-US-Expertengruppe aufgrund fehlender KOM-Kompetenzen in ND-Fragen.
- Telefonat BK'in mit GBR-Premier Cameron.

#### 10. Juli 2013

- Gespräch der deutschen Expertengruppe (BMI, BfV, BK, BND, BMJ und AA) mit NSA in Fort Meade (Einzelheiten s.u. Ziff. II.2.).
- Telefonat BM Friedrich mit GBR-Innenministerin May  
*Vereinbarung Treffen zu Klärung auf Expertenebene und gegenseitige Bestätigung, dass Thema bei MS liege und nicht durch EU-KOM betrieben werden solle.*

#### 11. Juli 2013

- Gespräch der deutschen Expertengruppe (BMI, BfV, BK, BND, BMJ und AA) mit Department of Justice (Einzelheiten s.u. Ziff. II.2.).

#### 12. Juli 2013

- Gespräch BM Friedrich mit VPr Biden und Fr. Monaco (Weißes Haus, stv. Nationale Sicherheitsberaterin für Heimatschutz und Terrorismusbekämpfung).
- Gespräch BM Friedrich mit US-Justizminister Holder.

#### 16. Juli 2013

- Bericht über USA-Reise von BM Friedrich im PKGr.
- Gespräch AA St'in Haber mit US-Geschäftsträger (stv. Botschafter in DEU) Melville zur Deklassifizierung und Aufhebung der Verwaltungsvereinbarung zum G10-Gesetz von 1968 sowie zur Bitte einer öffentlichen US-Erklärung, dass sich US-Dienste an dt. Recht halten und weder Industrie noch Wirtschaftsspionage betreiben.

#### 17. Juli 2013

- Bericht über USA-Reise von BM Friedrich in der AG Innen und im Innenausschuss.

- Sachstandsbericht BMVg zum elektronischen Kommunikationssystem PRISM bei ISAF an PKGr und Verteidigungsausschuss („PRISM II“).
- BKAm (AL 6) steuert Fragen bei US-Botschaft zur Differenzierung von einem oder vielen Prism-Programmen ein.

#### 18. - 19. Juli 2013

- Informeller Rat Justiz und Inneres in Vilnius; Diskussion über Überwachungssysteme und USA-Reise BM Friedrich; DEU (BMI, BMJ) stellt Initiativen zum internationalen Datenschutz vor.

#### 19. Juli 2013

- Bundespressekonferenz BK'in Merkel.
- Schreiben BM'in Leutheusser-Schnarrenberger und BM Westerwelle an Amtskollegen in der EU; Werbung für Unterstützung der Initiative zur Schaffung eines Zusatzprotokolls zu Art. 17 des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte.
- Gemeinsame Erklärung BM'in Justiz und FRA-Justizministerin auf dem informellen Rat Justiz und Inneres in Vilnius zum Umgang mit Abhöraktivitäten NSA: Ausdruck der Besorgnis und der Absicht, gemeinsam auf verbesserten Datenschutzstandard hinzuwirken (insb. im Hinblick auf EU-VO DSch).

#### 22./23. Juli 2013

- Erster regulärer Termin der "Ad-hoc EU-US Working Group on Data Protection" in Brüssel (keine unmittelbare Vertretung DEU; die von MS benannten Experten treten nur zur Beratung der sog. „Co-Chairs“, mithin der EU auf).

#### 24. Juli 2013



- Telefonat Polit. Direktor AA, Dr. Lucas, mit Undersecretary US-Außenministerium Sherman und Senior Director im National Security Council im Weißen Haus Donfried zur Aufhebung Verwaltungsvereinbarung zum G10-Gesetz von 1968.

**25. Juli 2013**

- Bericht zum Sachstand im PKGr durch ChefBK.

**29./30. Juli 2013**

- Gespräche der deutschen Expertengruppe (BMI, BfV, BK, BND, BMJ und AA) mit GBR-Regierungsvertretern (Einzelheiten s.u. Ziff. II.3.).

**2. August 2013**

- Schriftliche Versicherung des Geschäftsträgers der US-Botschaft, dass Aktivitäten der von den US-Streitkräften in Deutschland im Rahmen der deutsch-amerikanischen Vereinbarung vom 29. Juni 2001 (Rahmenvereinbarung, geändert am 11. August 2003 und am 28. Juli 2005) beauftragten Unternehmen im Einklang mit allen anwendbaren Gesetzen und internationalen Vereinbarungen stehen.
- Aufhebung der Verwaltungsvereinbarungen mit USA und GBR von 1968 zum G10-Gesetz.

**5. August 2013**

- Schriftliche Aufforderung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie an die Bundesnetzagentur zu prüfen, ob die in den Berichten genannten deutschen Unternehmen die Vorgaben des TKG einhalten. Danach ist insbesondere jeder Telekommunikationsanbieter verpflichtet, erforderliche technische Vorkehrungen und sonstige Maßnahmen zum Schutz des Fernmeldegeheimnisses und gegen die Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten zu treffen.

### **6. August 2013**

- Gespräch BKAm (Arbeitsebene) mit Vertretern Deutsche Telekom. (Ergebnisse s.u. Ziff. II. 4.)
- Aufhebung der Verwaltungsvereinbarung mit FRA von 1969 zum G10-Gesetz.

### **7. August**

- Telefonat BM Westerwelle mit US-AM Kerry

### **9. August 2013**

- Einberufung der Firmen, die Internetknotenpunkte betreiben, durch die Vizepräsidentin der Bundesnetzagentur, Frau Dr. Henseler-Unger, mit dem Ziel, die Einhaltung der Vorschriften des TKG sowie der auf Grund dieser Vorschriften ergangenen Rechtsverordnungen und der jeweils anzuwendenden Technischen Richtlinien sicherzustellen.

### **27. August 2013**

- AA-StSin Haber bittet stv. US-AM Burns schriftlich darum, sicherzustellen, dass US-Regierung auf Fragenkatalog des BMI vom 26. August antwortet.

### **17.-19. September 2013**

- Gespräche des AA-Sonderbeauftragten für Cyber-Außenpolitik, Botschafter Brengelmann, in Washington mit Michael Daniel, Cyberkoordinator des Präsidenten-

ten, Christopher Painter, Cyberkoordinator im State Department, und Bruce Swartz, Deputy Assistant Attorney General im US-Justizministerium.

➤ **20. September 2013**

Durchführung eines side events (Panel-Diskussion) am Rande des VN-Menschenrechtsrats unter DEU Vorsitz (CA-B Brengelmann) zum Schutz der Menschenrechte in der digitalen Welt.

➤ **Anfang Oktober 2013**

- Sondierung beim DEU Mitglied des Menschenrechtsausschusses (Vertragsorgan des VN-Zivilpakts) hinsichtlich Bereitschaft des Ausschusses, den dortigen General Comment zu Art. 17 (stammt aus den 80er Jahren) im Hinblick auf digitale Kommunikation zu aktualisieren.

**2. Oktober 2013**

- Antrittsbesuch von US-Botschafter Emerson bei ChefBK. Dabei Bitte von ChefBK an die US-Seite um Beantwortung der an sie gerichteten Fragen und erneuter Hinweis auf das angestrebte Abkommen („no spy“), das die Versicherung enthalte, dass US-Dienste in DEU keine Ausspähungen vornähmen.

**15./16. Oktober**

- Gespräche von Staatssekretärin Haber in Washington mit stv. US-AM Burns und dem Sicherheitsberater von Vizepräsident Biden, Sullivan.

**23. Oktober 2013**

- Gespräch AL2 mit der der Direktorin im Nationalen Sicherheitsrat, Karen Donfried, und der Europa-Abteilungsleiterin im State Department, Victoria Nuland,
- Bilaterale Konsultationen des Politischen Direktors im AA mit der Europa-Abteilungsleiterin im State Department, Victoria Nuland, und der Direktorin im Nationalen Sicherheitsrat, Karen Donfried, NSA-Aktivitäten einer der Schwerpunkte.

#### **24. Oktober 2013**

- BM Westerwelle bestellt US-Botschafter Emerson ein und legt ihm in aller Deutlichkeit das große Unverständnis der Bundesregierung zu den jüngsten Abhörvorgängen dar.
- Gemeinsame BRA DEU Sondierungen in NY hinsichtlich evtl. Einbringung eines Resolutionsentwurfs zum Menschenrecht auf Privatheit (Art. 17 VN-Zivilpakt) in der digitalen Welt im 3. Ausschuss der VN-Generalversammlung.

## **II. Zusammenfassung bisheriger Ergebnisse**

### **1. Erklärungen von US-Regierungsvertretern**

Der **US-Geheimdienst-Koordinator James Clapper (DNI)** hat am 6. Juni 2013 die Existenz des Programms PRISM bestätigt und darauf hingewiesen, dass die Presseberichte zahllose Ungenauigkeiten enthielten.

- Die Daten würden auf der Grundlage von Section 702 des Foreign Intelligence Surveillance Act (FISA) erhoben.
- Diese Regelung diene dazu, die Erhebung personenbezogener Daten von Nicht-US-Bürgern, die außerhalb der USA lebten, zu erleichtern und diejenige von US-Bürgern, soweit möglich, auszuschließen. US-Bürger oder Personen, die sich in den USA aufhielten, seien deshalb nicht unmittelbar betroffen.

- Die Datenerhebung werde durch den FISA-Court (FISC), die Verwaltung und den Kongress kontrolliert.

Am 8. Juni 2013 hat Clapper konkretisiert:

- PRISM sei kein geheimes Datensammel- oder Analyseprogramm; stattdessen sei es ein internes Computersystem der US-Regierung unter gerichtlicher Kontrolle.
- Im Zusammenhang mit der durch den Kongress erfolgten Zustimmung zu PRISM und dessen Start im Jahr 2008 sei das Programm breit und öffentlichkeitswirksam diskutiert worden.
- Das Programm unterstütze die US-Regierung bei der Erfüllung ihres gesetzlich autorisierten Auftrags zur Sammlung nachrichtendienstlich relevanter Informationen mit Auslandsbezug bei Service-Providern, z.B. in Fällen von Terrorismus, Proliferation und Cyber-Bedrohungen. Die Datengewinnung bei Providern finde immer auf Basis staatsanwaltschaftlicher Anordnungen und mit Wissen der Unternehmen statt.

Am 12. Juni 2013 hat **NSA-Direktor Keith Alexander** sich vor dem Senate Appropriations Committee (ständiger Finanzausschuss US-Senat) geäußert und folgende Botschaften übermittelt:

- PRISM rette Menschenleben
- Die NSA verstoße nicht gegen Recht und Gesetz
- Snowden habe die Amerikaner gefährdet

Am 30. Juni 2013 hat James **Clapper** weitere Aufklärung zugesichert und angekündigt, die US-Regierung werde der Europäischen Union „angemessen über unsere diplomatischen Kanäle antworten“.

- Die weitere Erörterung solle auch bilateral mit EU-Mitgliedsstaaten erfolgen.

- Er erklärte außerdem, dass grundsätzlich „bestimmte, mutmaßliche Geheimdienstaktivitäten nicht öffentlich“ kommentiert würden.
- Die USA sammelten ausländische Geheimdienstinformationen in der Weise, wie es alle Nationen tun.
- Öffentlich würden die USA zu den Vorgängen im Detail keine Stellung nehmen.

Am 19. Juli 2013 hat der **Chefjustiziar im Office of Director of National Intelligence (ODNI) Litt** dahingehend öffentlich Stellung genommen, dass

- US-Administration keiner Industriespionage zugunsten von US-Unternehmen nachgehe,
- keine flächendeckende Überwachung von Ausländern im Ausland (bulk collection) betrieben werde,
- eine strikte Zweckbeschränkung für die Überwachung im Ausland (sog. targeting procedures) vorgesehen sei und
- diese Überwachungsmaßnahmen regelmäßig überprüft würden.
- Gemeinsam durchgeführte Operationen von NSA und DEU Nachrichtendiensten erfolgten in Übereinstimmung mit deutschem und amerikanischem Recht.

Am 31. Juli 2013 hat der **US-Geheimdienst-Koordinator Clapper** im Vorfeld zu einer Anhörung des Rechtsausschusses des US-Senats drei US-Dokumente zu Snowden-Papieren herabgestuft und öffentlich gemacht. Hierbei handelt es sich um informatorische Unterlagen für das „Intelligence Committee“ des Repräsentantenhauses zur Speicherung von bei US-Providern angefallenen – insb. inneramerikanischen – Metadaten sowie einen entsprechenden Gerichtsbeschluss des „FISA-Courts“ (Sachzusammenhang „VERIZON“, Vorratsdatenspeicherung von US-Metadaten). Ein unmittelbarer Bezug zu DEU ist nicht erkennbar.

## 2. Erkenntnisse anlässlich der USA-Reise DEU-Expertendelegation

- Die US-Seite hat der DEU-Delegation zugesichert, dass geprüft wird, welche eingestuft Informationen in dem vorgesehenen Verfahren für uns freigegeben („deklassifiziert“) werden können.
- Es gebe keine gegenseitige „Amtshilfe“ der Nachrichtendienste dergestalt, dass die US-Seite Maßnahmen gegen Deutsche durchführen würde, weil der BND dazu nicht berechtigt ist und der BND die US-Behörden dort unterstützen würde, wo diese durch ihre Rechtsgrundlagen eingeschränkt sind. Ein wechselseitiges Auspähen finde also nicht statt.
- Informationen aus den nachrichtendienstlichen Aufklärungsprogrammen würden nicht zum Vorteil US-amerikanischer Wirtschaftsunternehmen eingesetzt.
- Die US-Seite prüft die Möglichkeit der Aufhebung der „Verwaltungsvereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika zu dem Gesetz zu Artikel 10 des Grundgesetzes“ vom 31. Oktober 1968. Eine entsprechende Aufhebung wurde zwischenzeitlich durchgeführt.
- Die Gespräche sollen fortgeführt werden
  - sowohl auf Ebene der Experten beider Seiten,
  - als auch auf der politischen Ebene.

## 3. Erklärungen von GBR-Regierungsvertretern und Erkenntnisse anlässlich der GBR-Reise DEU-Expertendelegation

- GBR-Regierungsvertreter haben sich bisher nicht öffentlichkeitswirksam inhaltlich geäußert.

- Die GBR-Seite hat anlässlich der Reise der DEU-Expertendelegation zugesichert, dass die nachrichtendienstliche Tätigkeit entsprechend den Vorschriften des nationalen Rechts ausgeübt werde.
- Die von GCHQ überwachten Verkehre würden nicht in DEU abgegriffen („no interception of communication according to RIPA (Regulation of Investigatory Powers Act) within Germany“)
- Eine rechtswidrige wechselseitige Aufgabenteilung der Nachrichtendienste dahingehend, dass
  - die GBR-Seite Maßnahmen gegen Deutsche durchführen würde, weil der BND dazu nicht berechtigt ist,
  - und der BND die GBR-Behörden dort unterstützen würde, wo diese durch ihre Rechtsgrundlagen eingeschränkt sind

finde nicht statt.

- Es werde keine Wirtschaftsspionage betrieben, lediglich „economic wellbeing“ im Sinne einer Sicherung kritischer Netzinfrastruktur finde im Auftragsprofil GCHQ Berücksichtigung.
- Auch die GBR-Seite hat zugesagt, der Aufhebung der Verwaltungsvereinbarung zu Artikel 10 des Grundgesetzes aus dem Jahre 1968 zuzustimmen.
- Der Dialog zur Klärung weiterer offener Fragen solle auf Expertenebene fortgesetzt werden.

#### 4. Erklärungen von Unternehmensvertretern

Am 7. Juni 2013 haben **Apple, Google und Facebook** die Aussagen, dass die US-Behörden unmittelbaren Zugriff auf ihre Daten haben, zurückgewiesen.



Bestätigt wurde jedoch, dass Anfragen von Sicherheitsbehörden (nicht nur der USA), die regelmäßig einzelfallbezogen auf Anordnung eines Richters basierten, beantwortet würden. Hierzu gehörten im Wesentlichen

869

- Bestandsdaten wie Name und E-Mail-Adresse der Nutzer,
- sowie die Internetadressen, die für den Zugriff genutzt worden seien.

Facebook (Zuckerberg) und Google (Page, Drummond) konkretisierten ihre Aussagen ebenfalls am 8. Juni 2013:

- So führte **Google** aus,
  - dass man keinem Programm beigetreten sei, welches der US-Regierung oder irgendeiner anderen Regierung direkten Zugang zu Google-Servern gewähren würde.
  - Eine Hintertür für die staatlichen „Datenschnüffler“ gebe es ebenfalls nicht.
  - Von der Existenz des PRISM-Überwachungsprogramms habe Google erst am Donnerstag, den 6. Juni 2013, erfahren.
- **Facebook**-Gründer Zuckerberg dementierte die Anschuldigungen gegen sein Unternehmen persönlich.
  - Man habe nie eine Anfrage für den Zugriff auf seine Server erhalten.
  - Er versicherte zudem, dass sich seine Firma "aggressiv" gegen jegliche Anfrage in diesem Sinne gewehrt hätte.
  - Daten würden nur im Falle gesetzlicher Anordnungen herausgegeben.

Die öffentlichen Aussagen der Unternehmen decken sich in weiten Teilen mit den Antworten auf das Schreiben der Staatssekretärin Rogall-Grothe vom 11. Juni 2013 an die US-Internetunternehmen. Auch Yahoo und Microsoft äußern sich darin ähnlich wie Apple, Google und Facebook zuvor öffentlich.

- Am 1. Juli 2013 fragte das BMI den Betreiber des **DE-CIX** (Internetknoten Frankfurt / Main) hinsichtlich Kenntnis über Zusammenarbeit mit ausländischen, insbesondere US/UK-Nachrichtendiensten an. Die Fragen lauteten im Einzelnen:

(1) Haben Sie Kenntnisse über eine Zusammenarbeit Ihres Unternehmens mit ausländischen, speziell US- oder britischen Nachrichtendiensten?

(2) Haben Sie Erkenntnisse über oder Hinweise auf eine Aktivität ausländischer Dienste in Ihren Netzen?

(3) Haben Sie weitergehende Informationen zu entsprechenden Gefährdungen oder Aktivitäten in den von Ihnen betreuten Regierungsnetzen?

- Der für den Internetknoten DE-CIX verantwortliche **eco-Verband** beantwortete am 2. Juli 2013 alle drei Fragen mit „Nein“. Ergänzend dazu erklärten Vertreter der Betreibergesellschaft von DE-CIX am 1. Juli öffentlich: „Wir können ausschließen, dass ausländische Geheimdienste an unsere Infrastruktur angeschlossen sind und Daten abzapfen. [...] Den Zugang zu unserer Infrastruktur stellen nur wir her und da kann sich auch niemand einhacken.“
- **DTAG** teilte am 2. Juli 2013 mit, dass sie ausländischen Behörden keinen Zugriff auf Daten bei der Telekom in DEU eingeräumt habe. Für den Fall, dass ausländische Sicherheitsbehörden Daten aus DEU benötigten, erfolge dies im Wege von Rechtshilfeersuchen an deutsche Behörden. Zunächst prüfe die deutsche Behörde die Zulässigkeit der Anordnung nach deutschem Recht, insb. das Vorliegen einer Rechtsgrundlage. Anschließend werde der Telekom das Ersuchen als Beschluss der deutschen Behörde zugestellt. Bei Vorliegen der rechtlichen Voraussetzungen teile sie der deutschen Behörde die angeordneten Daten mit. Die DTAG ist nicht auf die Frage zu Erkenntnissen und Hinweisen auf eine Aktivität ausländischer Dienste eingegangen.
- In einem Gespräch mit Arbeitsebene BKAmT erklärten Vertreter der DTAG am 6. August 2013, dass ein Zugriff durch ausländische Behörden in DEU auf Telekommunikationsdaten auch ohne Kenntnis der Provider zwar grundsätzlich tech-

nisch möglich, aber angesichts vielfältiger anderweitiger Zugriffsmöglichkeiten nicht notwendig und damit unwahrscheinlich sei.

Am 18. Juli 2013 haben sich eine Reihe der wichtigsten **IT-Unternehmen** (u. a. AOL, Apple, Facebook, Google, LinkedIn, Meetup, Microsoft, Mozilla, Reddit, Twitter oder Yahoo) mit NGOs (u. a. The Electronic Frontier Foundation, Human Rights Watch, The American Civil Liberties Union, The Center for Democracy & Technology, und The Wikimedia Foundation) zusammengeschlossen und einen offenen Brief an die US-Regierung verfasst. In diesem Brief verlangen die Unterzeichner mehr Transparenz in Bezug auf die Telekommunikationsüberwachung in den USA.

## **5. EU-US Expertengruppe Sicherheit und Datenschutz**

Das Artikel 29-Gremium (unabhängiges Beratungsgremium der EU-KOM in Fragen des Datenschutzes) hat Justizkommissarin Reding mit Schreiben vom 7. Juni 2013 gebeten, die USA zu geeigneter Sachverhaltsaufklärung aufzufordern.

Am 10. Juni 2013 hat EU-Justiz-Kommissarin V. Reding US-Justizminister Holder angeschrieben und Fragen zu PRISM gestellt. Seitens der USA (Antwortschreiben von Holder an Reding) wurde darauf verwiesen, dass die EU keine Zuständigkeit für nachrichtendienstliche Belange habe. Es wurde eine Zweiteilung der EU-US-Expertengruppe vorgeschlagen:

- zur überblicksartigen Diskussion auf der Ebene der KOM und der Ministerien/Kontrollbehörden der MS,
- zum detaillierten Informationsaustausch unter ausschließlicher Teilnahme von Nachrichtendiensten.

KOM beabsichtigt, dem Justizrat zum 7. Oktober 2013 und EP einen Bericht samt politischer Einschätzungen vorzulegen. Das erste Treffen der High-Level Group sollte daher noch im Juli 2013 stattfinden.

DEU hat die Initiative der KOM zur Einrichtung der Expertengruppe unter Einbindung der MS auf der Sitzung der JI-Referenten am 24. Juni 2013 begrüßt und angeboten, sich mit einem hochrangigen Experten zu beteiligen, der alsbald benannt werde.

Nach einer weiteren Abstimmung im ASfV (Ausschuss der Ständigen Vertreter) am

4. Juli 2013 hierzu kam es bereits am Montag, den 8. Juli 2013, zu einer ersten Sitzung einer EU-Delegation unter Beteiligung der KOM, des Europäischen Auswärtigen Dienstes und der LTU Präsidentschaft unter Beteiligung einiger MS (darunter DEU, vertreten durch den Verbindungsbeamten des BMI beim DHS). Ergebnisse:

- USA sind zu einem umfassenden Dialog bereit, möchten zur Aufklärung beitragen und Vertrauen aufbauen.
- Dies schließe konsequenterweise auch Gespräche darüber ein, wie Nachrichtendienste (ND) der EU-MS ggü. US-Bürgern und EU-Bürgern agieren.
- Es sei nicht einzusehen, warum nur die USA sich zu ND-Praktiken erklären sollen, wenn EU MS ähnlich agieren (ggü. eigenen und US-Bürgern).
- Wenn die EU KOM kein Mandat habe, derartige Themen zu diskutieren, stelle sich die Frage nach dem richtigen Gesprächsrahmen. ND-Themen lassen sich nicht aus dem Gesamtkomplex zugunsten einer reinen Diskussion auf Grundrechtsebene isolieren.